



Deutscher Industrie- und  
Handelskammertag



DIE DEUTSCHE  
BAUINDUSTRIE



Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt



## Gemeinsame Erklärung

### Vergaberechtsreform: schlank, einfach, praxisgerecht - Reformansatz der Bundesregierung genügt dem nicht!

In Deutschland vergeben 30.000 Beschaffungsstellen jährlich Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge für 300 Milliarden Euro. Das Spektrum reicht vom Bleistift bis zu infrastrukturellen Megaprojekten. Das Funktionieren dieses volkswirtschaftlichen „Supermarkts“ hängt wesentlich vom Vergaberecht ab.

Mit dem Masterplan Bürokratieabbau der Bundesregierung sollen die Voraussetzungen für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum verbessert werden.

Das Vergaberecht kann dazu mit einer Vereinfachung und Reduzierung des zersplitterten Vorschriftenwerks beitragen.

#### Der Reformansatz der Bundesregierung genügt dem nicht:

- Staatliche Zuständigkeiten werden an die Stelle funktionierender Selbstverwaltung gesetzt.
- Die Zersplitterung des Vergaberechts in Haushalts- und Wettbewerbsrecht sowie zusätzliche Landesvergabegesetze wird nicht beseitigt, sondern noch verstärkt. Eine klare und verständliche Neuregelung, wie sie auf Seiten der Wirtschaft auch und gerade im Interesse der mittelständischen Unternehmen liegt, wird damit nicht erreicht.
- Ansätze für einen Abbau von Bürokratie sind nicht erkennbar.
- Mit den angestrebten Regelungen werden Freiräume für manipulatives Handeln und Hoflieferantentum geschaffen.

**Wir fordern dagegen eine Vergaberechtsreform, mit der eine Vereinfachung der Vorschriften, Bürokratieabbau und ein langfristig stabiler Rechtsrahmen erreicht wird.**

Unsere Vorschläge dafür liegen seit langem auf dem Tisch:

- Angleichung der Rechtsgrundlagen auf Gesetzesebene (Wettbewerbsrecht/Haushaltsrecht).
- Zusammenfassung aller für die Vergabepraktiker relevanten Regelungen für die Durchführung aller Vergabeverfahren auf der Ebene von Verdingungsordnungen.
- Erarbeitung dieser praxisrelevanten Regelungen weiterhin durch Auftraggeber und anbietende Wirtschaft in Fachausschüssen.

Berlin, 11. Mai 2005

Bundesverband der Deutschen Industrie • Deutscher Industrie- und Handelskammertag • Zentralverband des Deutschen Handwerks • Hauptverband der Deutschen Bauindustrie • Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt • Zentralverband des Deutschen Baugewerbes • Bundesvereinigung Bauwirtschaft • Bundesarchitektenkammer • Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau • Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie • Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien • Bundesverband der Deutschen Luft und Raumfahrtindustrie • Verband der Automobilindustrie • Verband für Schiffbau und Meerestechnik • Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung • Zentralverband Sanitär Heizung Klima